

Antragsbereich A / **Antrag A2**

AntragstellerInnen: AsF-
Bezirkskonferenz Unterfranken

A2: Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro

Die AsF Unterfranken fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Sozialversicherungspflicht für alle Erwerbsverhältnisse beinhaltet.

5

Begründung

Frauen stellen gut 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor.

10 Eine eigenständige Existenzsicherung ist in diesen Arbeitsverhältnissen nicht gegeben. Selbst während der Pandemie erhielten die Minijobber*innen wegen fehlender Sozialversicherungspflicht kein Kurzarbeiter*innengeld!

15

Durch die Erhöhung des Mindestlohnes sind erste wichtige Schritte erreicht. Dies begrüßen wir ausdrücklich, jedoch die damit erfolgte Erhöhung der Sozialversicherungsfreiheit auf 512€ lehnen wir

20 kategorisch ab.

Diese Zustände sind untragbar und müssen unverzüglich geändert werden.